



bpa Arbeitgeberverband newsticker

Der Präsident des Arbeitgeberverbandes Pflege (AGVP) Thomas Greiner schadet mit seiner abrupten Kehrtwende der gemeinsamen Sache

Der Präsident des Arbeitgeberverbandes Pflege (AGVP) Thomas Greiner hat gestern in einer Pressemitteilung mitgeteilt, mit der Gewerkschaft ver.di in Verhandlungen über einen bundesweiten Tarifvertrag für die Auszubildenden in der Altenpflege eintreten zu wollen. Damit wolle man allgemeinverbindliche tarifliche Lösungen auf der Ebene der Bundesländer, wie sie derzeit in Bremen und Niedersachsen angestrebt werden, verhindern.

Mit dem Eintreten für Tarifverträge wechselt Herr Greiner seine bisherige vehemente Haltung gegen Tarifverträge um 180 Grad und schadet der gemeinsamen Sache in Bremen und Niedersachsen. Denn bisher ist es mit vereinten Kräften auf Seiten der Arbeitgeber in Bremen gelungen, durch geschlossenes Auftreten für die guten und nachvollziehbaren Positionen der privaten Arbeitgeber zu werben und den Tarifvertrag für Auszubildende in der Altenpflege in Bremen nicht für allgemeinverbindlich erklären zu lassen.

Vor einer Woche trat in Bremen der Tarifausschuss zusammen, in dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sitzen, die gemeinsam darüber entscheiden müssen, ob einem Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit (AVE) stattgegeben wird oder nicht. Aufgrund der Eingaben und Argumente von bpa Arbeitgeberverband, VKA und AGVP hat der Tarifausschuss weiteren Gesprächs- und Klärungsbedarf gesehen und sich deshalb auf Anfang Dezember vertagt. Dies war für uns alle zumindest ein erster Etappensieg.

Der abrupte Kurswechsel des AGVP-Präsidenten könnte zum Einfallstor für

die Befürworter der Allgemeinverbindlichkeit in Bremen, aber auch für weitere tarifliche Zwangsmaßnahmen werden. Denn wer Tarifverträge für Auszubildende fordert, obwohl sie durch höchstrichterliche Rechtsprechung bereits geschützt sind, der untergräbt unser bisher wichtigstes Argument, nämlich das der nicht vorhandenen wirtschaftlichen Schiefelage. Wir sind nach wie vor der festen Überzeugung, dass es keine wirtschaftliche Schiefelage bei der Entlohnung von Auszubildenden in Bremen gibt und die privaten Betriebe einen angemessenen Lohn bezahlen.

In Bremen ist vereinzelt das Argument zu hören, dass die Kosten der Ausbildung durch die Umlage voll refinanziert würden und deshalb eine AVE nur halb so schlimm sei. In anderen Bundesländern gibt es eine solche Umlage nicht und würde dort zu Ausgabensteigerungen beitragen, die nicht refinanziert werden können und die letztlich zum Wegfall von Ausbildungsplätzen führen. Deshalb heißt es in Bremen: Wehret den Anfängen.

Der bpa Arbeitgeberverband mit seinem Präsidenten Rainer Brüderle und seinem Vize-Präsidenten Bernd Meurer wird auch unter diesen - durch die Kehrtwende des AGVP-Präsidenten Greiner - erschwerten Bedingungen in Bremen und Niedersachsen für die Interessen der privaten Arbeitgeber kämpfen und alles daran setzen, dass die unternehmerische Freiheit und eine vielfältige Pflegelandschaft – auch im Bereich der Ausbildung – erhalten bleiben.

Webimpressionum